Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 349. Donnerstag den 15. December 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage ist
Herr **Oscar Emil Walter,**
bisher Bürgermeister in Grimma, als besoldeter Stadtrath der Stadt Leipzig von uns verpflichtet und eingewiesen worden.
Leipzig, den 14. December 1887.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Die **nächste Neujahrsmesse** beginnt mit dem **2. Januar** 1888 und endigt mit dem 15. Januar 1888.
Eine sogenannte **Vorwoche**, d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Meßlocale vor Beginn der eigentlichen Messe, hat die Neujahrsmesse **nicht.**
Jede **frühere Eröffnung**, sowie jedes längere Offenhalten der Meßlocale in den Häusern, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird außer der **sofortigen Schließung** jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung mit einer Geldstrafe **bis zu 75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.
Leipzig, den 21. November 1887.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

Die **Meßbörse für die Lederindustrie** in nächster Neujahrsmesse wird
Montag, den 2. Januar 1888,
Nachmittags von 2—5 Uhr im Saale der **„Neuen Börse"** hier abgehalten werden.
Leipzig, den 21. November 1887.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6337. Dr. Georgi. Hennig.

Vermiethung.

Das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige **Hausgrundstück Mühlgasse Nr. 2** nebst zugehörigen Garten soll **vom 1. April k. Js.** an gegen **halbjährliche Kündigung**
Mittwoch, den 21. dss. Mts., Vormittags 11 Uhr,
auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.
Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.
Leipzig, den 7. December 1887.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 5564. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Ausschreibung.

Die zu dem Umbau im **Leihhausgebäude** erforderlichen **Schlosserarbeiten** und Herstellungen von **Gasleitungen** sollen vergeben werden.
Bedingungen und Unterlagen hierzu können im Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, gegen Erlegung von 30 ₰ entnommen werden.
Die Angebote sind versiegelt mit der Aufschrift **„Schlosserarbeiten im Leihhausgebäude"**, bez. **„Gasleitungen im Leihhausgebäude"** bis zum 27. December d. J. Abends 5 Uhr an obenbezeichneter Stelle einzureichen.
Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.
Leipzig, den 12. December 1887.
Ib. 4829. **Des Raths der Stadt Leipzig Baudeputation.**

Am 9. dieses Monats wurde im Rosenthale ein bis jetzt seiner Persönlichkeit nach unbekannter Mann erhängt aufgefunden und polizeilich aufgehoben.
Wir richten an Jedermann, welcher Auskunft über die Persönlichkeit des Erhängten zu geben vermag, die Bitte, sich ungesäumt bei uns zu melden.
Leipzig, am 12. December 1887.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
I. 6349. Bretschneider. H.

Personenbeschreibung des Todten und Verzeichniß der Effecten desselben:
Alter: ungefähr 50 Jahre alt. Statur: anscheinend Arbeiter. Größe: 1,66 m. Haar: dunkel. Augen: grau. Zähne: defect. Gesicht: länglich.
Bekleidet war der Todte mit einem grauen Stoffrock, grauer Weste und Hose, einem blau und weiß gestreiften ungezeichneten Hemde, einer braunen Jacke, einem grauen und einem rothgestreiften Halstuche und einer dunkeln Stoffmütze.
In den Taschen der Kleider befanden sich ein gleichfalls ungezeichnetes blaugestreiftes Taschentuch und ein Taschenmesser.

Gefunden

wurden während der Lutherfestspiele im Krystall-Palast hier
2 Operngläser (eins im Etui),
deren Eigenthümer hierdurch aufgefordert werden, sich als solche rechtzeitig beim unterzeichneten Polizei-Amte behufs Empfangnahme der Objecte zu legitimiren.
Leipzig, den 12. December 1887.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Nr. 3564 Ia. Bretschneider. M.

Bekanntmachung,

die Eröffnung der Sparcasse der Gemeinde Möckern betreffend.
Nachdem die unterm 1. Mai dieses Jahres ausgestellte Sparcassenordnung der Gemeinde Möckern vom Königlichen Ministerium des Innern laut Decrets vom 24. October dieses Jahres bestätigt worden, wird Folgendes bekannt gemacht.
Die Sparcasse besteht als ein öffentliches Institut der Gemeinde Möckern unter Leitung des Gemeinderaths und Aufsicht der Königlichen Amtshauptmannschaft Leipzig. Regulativmäßig erfolgte Einlagen in dieselbe sammt Zinsen vertritt und gewährt die Gemeinde Möckern.
Als Geschäftstage sind Dienstag und Freitag jeder Woche von Nachmittags 3—6 Uhr festgesetzt worden.
An Feiertagen ruht der Betrieb aus.
Die Sparcasse wird **Dienstag, am 3. Januar 1888 eröffnet.**
Der Zinsfuß beträgt drei und ein drittel Procent.
Das Geschäftslocal befindet sich im hiesigen Gemeindeamte.
Möckern, den 12. December 1887.
Der Gemeinde-Vorstand.
Schubert.

Der unter Polizeiaufsicht stehende, zuletzt hier Lützowstraße Nr. 24 wohnhafte Handarbeiter Johann Hermann Gentsch gen. Gummich, am 27. April 1843 in Rodau bei Leipzig geboren, hat sich seit dem 17. October dieser Aufsicht entzogen.
Wir bitten, auf den p. Gentsch zu fahnden, ihn im Betretungsfalle festzunehmen und Nachricht davon anher gelangen zu lassen.
Leipzig, den 10. December 1887.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 7016. Bretschneider. Dietrich, Act.

Nicolai-Gymnasium.

Anmeldungen für Ostern 1888 werden am 7. Januar von 10—12 Uhr und in der Woche vom 9.—14. Januar täglich von 11—12 Uhr angenommen. Erbeten wird die Vorlegung des letzten Schulzeugnisses.
Leipzig, 15. December 1887. Dr. Wagnolfl.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Frage des österreichischen Grenzschutzes.

Die zweite Berathung in Sachen des Schutzes der galizischen Grenze, welche am Dienstag unter dem Vorsitze des Kaisers Franz Joseph und im Beisein des Erzherzogs Albrecht stattfand, ist der unzweifelhafte Beweis für die Unrichtigkeit der von den Wiener Blättern über das Ergebniß der ersten Berathung vom 8. December verbreiteten Nachrichten. Danach sollte vorläufig nichts geschehen, um die Verschiebung russischer Truppen an die Grenze durch eine entsprechende Maßregel auf österreichischer Seite zu beantworten, und eine zweite Berathung der militairischen Lage sollte überhaupt unterbleiben. Das Ergebniß der Berathungen ist mit dem Schleier des Geheimnisses bedeckt, aber wenn wichtige und entscheidende Beschlüsse gefaßt worden sind, so müssen ihre Wirkungen bald zu Tage treten, sei es durch Truppenverschiebungen oder durch sonstige Maßregeln. In dieser Beziehung ist die gestern von uns mitgetheilte, von der „Nordd. Allg. Ztg." wiedergegebene Berliner Correspondenz des „Standard" als ein Ereigniß anzusehen; denn sie verfolgt den Zweck, Oesterreich den vollen Ernst der Lage zum Bewußtsein zu bringen, und die Bemerkungen des Verfassers über den Dreibund, welche aus dem Munde eines wohl unterrichteten Diplomaten stammen, werden nicht verfehlen, in Wien tiefen Eindruck zu machen. Ein Bündniß ist keine Heirath, sondern sozusagen eine Reise auf gemeinschaftliche Kosten, von denen jeder Theilnehmer seinen eigenen Theil bezahlen muß. Versäumt der eine Theil, dies zu thun, so wird der andere sich entweder einfach weigern, die ganzen Auslagen allein zu bezahlen, oder, wenn er es doch thut, so wird der nicht bezahlende Theil als sein Schützling erscheinen."
Diese Sprache ist so verständlich, daß nur zu wünschen ist, sie möchte in Wien nicht nur verstanden, sondern die darin enthaltenen Fingerzeige möchten auch befolgt werden. Freilich ist auf der langen Pause, welche zwischen den beiden militairischen Berathungen liegt, zu erkennen, daß man die etwa nöthig werdenden Maßregeln nicht für besonders dringlich erachtet, denn sonst wäre die Truppenbewegung nach der galizischen Grenze schon in vollem Gange. Fünf Tage sind eine lange Zeit in gefahrdrohenden Zeitläuften, und wenn sie unbenutzt bleiben, so kann der dadurch entstandene Aufschub unerdinglich sein. Entweder ist der Grenzschutz genügend, dann bedarf es nicht eingehender Berathungen, um diese Thatsache festzustellen, oder er ist nicht genügend, und dann muß das als nöthig Erkannte sofort geschehen. Daß man damit zögert, ist, ganz abgesehen von den etwa schon gefaßten Beschlüssen, zu beklagen. Das Wiener „Fremdenblatt" bezeichnet das Gerücht von dem beabsichtigten Rücktritt Kalnoky's als eine Erfindung in Börsenkreisen, welche an maßgebender Stelle gar keine Beachtung gefunden habe. Immerhin ist es zur Beleuchtung der Lage nicht überflüssig, davon Kenntniß zu nehmen, daß man in Pest von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Grafen Kalnoky und dem Erzherzog Albrecht spricht, und daß diese angeblich darin bestehen, ob Oesterreich Rußland in Bulgarien Zugeständnisse machen soll, um den Krieg zu vermeiden, oder nicht. Kalnoky sei gegen solche Zugeständnisse, Erzherzog Albrecht dafür.
Die Unwahrscheinlichkeit dieser Meinungsverschiedenheit erhellt schon daraus, daß Erzherzog Albrecht wohl als militairische Autorität gilt, aber keineswegs als politischer Rathgeber des Kaisers. Dieses Verhältniß trat auch bei der Janiky-Angelegenheit im vorigen Jahre hervor, als man in Ungarn den durch die Kirchhoffscene erzeugten Groll auf die Schultern des Erzherzogs Albrecht abzuladen suchte. Die öffentliche Meinung sowohl in Oesterreich-Ungarn, als in Deutschland faßte die Berufung des Erzherzogs Albrecht nach Wien lediglich in dem Sinne auf, daß er über die militairische Lage sein Urtheil abgeben und sagen solle, was er unter den gegenwärtigen Umständen für nöthig erachte. Die politische Seite der Lage ist Sache des Grafen Kalnoky, und es ist klar, daß zwischen ihm und dem Kaiser Einigkeit herrschen muß, wenn er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in der Hand behalten soll. Die Berathungen in Wien sind vorwiegend militairischen Charakters, und wenn Graf Kalnoky der ersten Sitzung beiwohnte, so geschah dies unzweifelhaft nur zur Auskunftsertheilung, aber nicht, um die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der von ihm vertretenen Politik der Beurtheilung der militairischen Autoritäten zu unterwerfen. Das Gerücht ist immer dann besonders geschäftig, wenn über Das, was man zu wissen wünscht, Schweigen beobachtet wird, und aus diesem Streben erklärt sich das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt Kalnoky's mindestens ebenso sehr als aus der Absicht, dasselbe für Börsenzwecke auszunutzen.
Nachdem die Frage des Grenzschutzes in Oesterreich so offenkundig zum Gegenstande von Erörterungen der militairischen Autoritäten gemacht worden ist, käme es einem Rückzuge mit schwerer moralischen Einbuße gleich, wenn die Berathungen ergebnißlos verliefen. Die Herausforderung seitens Rußlands ist so unzweifelhaft, die Verstärkung der Truppen an der galizischen Grenze ist eine so allgemein bekannte und zugestandene Thatsache, daß nur zwei Auswege vorhanden sind, um aus der gegenwärtig bedrohlichen Lage herauszukommen: entweder zieht Rußland seine Truppen von der Grenze soweit zurück, als sie das gewöhnliche Maß überschreiten, oder Oesterreich zieht eine entsprechende Truppenzahl zum Schutze Galiziens zusammen. Durch eine solche Maßregel würde die Kriegsgefahr nicht erhöht, sondern verringert, weil es dann für die an Zahl überlegenen russischen Truppen an der Gelegenheit zu einem plötzlichen Ueberfall des schutzlosen Nachbargebiets fehlen würde. In diesem Sinne ist auch Beschluß gefaßt worden, wie aus der neuesten Kundgebung des Wiener „Fremdenblattes" erhellt.
Wir haben den Werth des österreichischen Bündnisses für das deutsche Reich niemals in Zweifel gezogen, im Gegentheil haben wir dasselbe gegen Angriffe, von welcher Seite sie auch gekommen sein mögen, stets in Schutz genommen; um so berechtigter sind wir, die Frage zu stellen, wie sich Deutschland in einer Lage verhalten würde, in welcher sich heute Oesterreich befindet. Wir beantworten diese Frage dahin, daß wir es überhaupt nicht hätten soweit kommen lassen, wie es ist, sondern daß wir die Truppenbewegungen jenseits der Grenze Zug um Zug beantwortet hätten. Deutschland befand sich vor einigen Jahren in ähnlicher Lage wie Oesterreich. Auch an der Grenze zwischen Rußland und Preußen fanden auffallende Truppenverschiebungen, Festungs- und Eisenbahnbauten statt, welche begründete Besorgnisse für die Zukunft erweckten. Diese Veränderungen hatten auf deutscher Seite unmittelbar die nöthigen Gegenmaßregeln zur Folge. Der Grenzschutz wurde durch Truppenverlegungen verstärkt, Festungs- und Eisenbahnbauten wurden in Angriff genommen, und in Folge dessen sah man auf russischer Seite bald ein, daß der Versuch einer Ueberraschung mißlingen müsse, und stellte die außergewöhnlichen Rüstungen ein. Auch Oesterreich kann militairischen Ueberraschungen von russischer Seite nur durch thatkräftige Gegenmaßregeln die Spitze abbrechen. Es genügt nicht, daß die Aufmerksamkeit Europas auf die russischen Truppenbewegungen an der galizischen Grenze gelenkt wird, daraus macht sich Rußland erfahrungsgemäß sehr wenig, es kommt vielmehr darauf an, daß die Möglichkeit zum verderblichen Gebrauch der an der Grenze zusammengezogenen Truppen abgeschnitten wird, und in dieser Beziehung thut Eile noth. Je energischer Oesterreich seine Vorkehrungen trifft, um so mehr wird es im Stande sein, zur Erhaltung des europäischen Friedens beizutragen und seine Stellung im Dreibunde voll auszufüllen.

Leipzig, 15. December 1887.

* Die Besserung in dem Befinden des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck hält in erfreulicher Weise an. Professor Dr. Schweninger ist am Dienstag aus Friedrichsruh nach Berlin zurückgekehrt.

* Die „Nationalzeitung" kehrt sich in einem Artikel, welcher das Thema der Kriegsbesorgnisse erörtert, gegen einige Organe, welche für officiös gelten und in ihrer Weise die Lage darstellen. Das genannte Blatt bemerkt u. A.:
.... So viel man jetzt zu verstehen glaubt, hat der letzte Preßfeldzug den Zweck gehabt, Oesterreich wieder einmal aus dem bequemen militairischen Optimismus aufzuschrecken, in welchem es befriedigt zuschaut, wie sein Bundesgenosse Deutschland unausgesetzt seine Rüstung vervollständigt, Rußland, sein natürlicher Antagonist, dasselbe thut. Während diese beiden Reiche ihre Armeen bereits nach Millionen beziffern, steckt Oesterreich noch in den Hunderttausenden. Weniger ist es zu begreifen, wenn ein Organ, das officiöse Allüren zur Schau trägt und offenbar vielfach authentische Mittheilungen empfängt, die „Berliner Politischen Nachrichten", die deutsche Nation auffordern, sich zu seiner falschen Sicherheit hinzugeben. Nur fragen wir, was bezwecken solche Ermahnungen? Was hat eine Nation zu thun, die sich thatsächlich keiner falschen Sicherheit hingiebt? Wir fragen vor Allem, hat es die deutsche Nation nöthig, daß man ihr solche Ermahnungen ertheilt? Wir bemerken gleich, daß wir das Letztere entschieden verneinen.
Fürst Bismarck bändigt mit starker Hand die Loden des Krieges in Europa. Diese Politik hat die einstimmige Zustimmung der Nation und ruft ihre derzliche Dankbarkeit hervor; auf der Gesundheit dieser Politik beruht auch die sogenannte Hegemonie Deutschlands, die eben nur der Ausdruck der moralischen und culturellen Kraft der Friedensarbeit ist. Wenn die Panslawisten und Chauvinisten, welche Deutschlands „Hegemonie" stürzen wollen, eine bessere Idee finden, dann wird es mit dieser Hegemonie ohne Schwertschlag zu Ende sein; mit den Waffen werden sie Deutschlands Stellung schwerlich erschüttern. Die deutsche Nation weiß sehr gut, was ihr diese Friedenspolitik an Geld und Kraft kostet; aber sie leistet das Menschenmögliche, nicht aus Furcht vor dem Kriege, sondern im Bewußtsein, Trägerin einer großen und edlen Idee zu sein, an der Europas Zukunft hängt.
Das deutsche Volk weiß aber auch sehr gut, daß wenn es so große Lasten dauernd tragen soll, es seine Arbeitskraft, seine Unternehmungskraft auf das Aeußerste anstrengen muß und daß diese Anstrengungen durch einen Kriegsausbruch jederzeit in ihren Ergebnissen gelähmt werden können. Die officiösen Warnungen können ihm daher in dieser Richtung absolut nichts Neues sagen. Vor einigen Tagen hat sich sogar ein Organ gefunden, welches glaubte, Deutschland davor behüten zu müssen, bei Kriegsausbruch „den Kopf nicht zu verlieren". Wir halten alles Das für durchaus zwecklose Bemühungen. Die materielle Grundlage solcher Warnungen kennt Jeder, wenn man aber Kriegsgefahren gegenüber alle nützlichen Unternehmungen aufgeben sollte, so hätten wir in den letzten fünfzehn Jahren wenigstens die Hände in den Schooß legen und über tiefsinnige Problemata nachsinnen können. Und wer bezahlte dann unsere Armeen?
Wir glauben, daß die Preßorgane, die in solchem Geiste arbeiten, sich über die Stimmung des deutschen Volkes sehr täuschen, und schlagen vor, dasselbe bei seiner Arbeit zu lassen, bis man seiner Kraft zum Kampfe bedarf. Es wird schon mit Herz und Hand zur Stelle sein, wenn die Stunde schlagen sollte, die Niemand im Voraus weiß. Will man die Beunruhigung zum System machen, so müßten wir wirklich nicht, wofür das Geld für die Lasten des Friedens und des Krieges kommen soll. Handelt es sich dabei um Bedürfnisse der Diplomatie, so wäre dringend zu wünschen, daß dieselbe andere und weniger zweischneidige Mittel fände.
Auch wir sind der Ansicht, daß diejenigen Blätter, welche sich den Anschein geben, „officiös" zu sein, sich in ihren Mittheilungen über die Lage der größten Vorsicht befleißigen sollten.

* Der bekannte deutschfreisinnige Agitator, der frühere Major a. D. Hinze, ist auch bei den Nachwahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung durchgefallen, obschon der ganze fortschrittliche Wühlapparat einschließlich der gesammten Presse für ihn gearbeitet hatte. Er erhielt in der ersten Abtheilung des 8. Wahlbezirks 80 gegen 114 Stimmen, welche auf den gemäßigtliberalen Candidaten Seeger fielen. Auch Berlin gehorcht offenbar dem fortschrittlichen Commando nicht mehr recht und es giebt officielle Candidaturen, gegen die sich selbst der Berliner Wähler auflehnt.

* Die Mittheilungen in der Tagespresse über ausgedehnte Fortificationen an der pfälzischen Westgrenze bringen, so schreibt die „Augsburger Abendzeitung", Aufstellungen, welche sehr stark an die Geographie-Kenntnisse der Franzosen erinnern, indem das am Rhein, also an der pfälzischen Ostgrenze gelegene Germersheim an die Westgrenze verlegt und ebenso das nur 6 Kilometer vom Rhein entfernte Zweibrücken (ein kleiner wohlhabender Ort mit ausgedehntem Gemüsebau) als pfälzischer Grenzort etwa 100 Kilometer weit nach Westen verschoben wird. Es wird von Erweiterung der Festungswerke, großartigen Baracken-Anlagen und Errichtung von unzähligen Feldküchen gefabelt, welche zur Aufnahme mehrerer Regimenter bestimmt seien. In Wahrheit wird bei Germersheim nur der Exercirplatz vergrößert, ein neuer Schießplatz eingerichtet, und, da von der Stadt sehr weit nach diesen Plätzen ist, Vorsorge für einige Unterkunftsräume und Kochgelegenheit getroffen zur Ersparung der für den Hin- und Rückmarsch erforderlichen vielen Zeit. Auch ein Aufbewahrungsort für die Schießplatzgeräthe wird geschaffen.

* * *

* Ueber die Oesterreichische Gesellschaft vom Weißen Kreuze wird gemeldet:
Die Oesterreichische Gesellschaft vom Weißen Kreuze hat im Jahre 1887 neue Statuten erhalten, welche sich von den früheren namentlich durch Aenderungen in den Bestimmungen hinsichtlich der Betheilung von Freiplätzen unterscheiden.
Solche Freiplätze finden sich sowohl in eigenen Curhäusern, welche die Gesellschaft an verschiedenen Orten der Monarchie errichtet hat, als auch in anderweiten Heilanstalten. In beiden Arten soll den cur- und heilungsbedürftigen Mitgliedern des kaiserlich königlichen Heeres, der Kriegsmarine und der beiden Landwehren, den Zöglingen der österreichischen militairischen Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten und, soweit der Raum und die betreffenden Hausordnungen es zulassen, auch den Angehörigen von Mitgliedern des Heeres, der Marine und der Landwehren unentgeltliche Unterkunft, ärztliche Hilfe und, soweit die Mittel der Gesellschaft es gestatten, auch Verpflegung geboten werden. Das Weiße Kreuz ist außerdem bestrebt, seinen Pfleglingen und Schützlingen möglichst weitgehende Begünstigungen in Bezug auf Reisekosten, Preise der Trink- und Badecuren und der sonstigen Curbedürfnisse, der Taxen ꝛc. zu vermitteln. Statutenmäßig berechtigten Curbedürftigen in Wien, welche nicht in der Lage sind, auswärts eine Trinkcur zu gebrauchen, liefert die Gesellschaft die erforderlichen Mineralwasser, nach Maßgabe der verfügbaren Vorräthe, unentgeltlich oder zu möglichst niedrigen Preisen.
Die Reihenfolge, in welcher die Anwärter auf Freiplätze der Regel nach Berücksichtigung finden sollen, ist die folgende:
a. Officiere vom Hauptmann abwärts und diesen gleichstehende Militairbeamte, Officiersaspiranten und Zöglinge der Militair-Erziehungs- und Unterrichtsanstalten, letztere nach Maßgabe des Offenseins von Plätzen, welche für sie bestimmt sind;
b. Officiere und Militairbeamte der höheren Grade, falls die verfügbaren Freiplätze durch Bewerber der unter a. aufgeführten Grade nicht erschöpft sind; in beiden Fällen gehen active Officiere und Militairbeamte denen des Ruhestandes vor;
c. Frauen, Wittwen und Kinder von Officieren und Militairbeamten des Heeres, der Marine und der Landwehren, wenn nach Berücksichtigung der unter a. und b. genannten Bewerber Freiplätze verfügbar bleiben.
Gleichzeitige Aufnahme eines curbedürftigen Familiengliedes mit dem Curgaste in eine Anstalt der Gesellschaft kann nur in dem Falle stattfinden, daß der Curgast nachweisbar einer steten Obsorge bedarf.
Aufnahme von Curgästen in ein Curhaus der Gesellschaft oder in einen mit freier Wohnung verbundenen Freiplatz einer anderen Anstalt ist nicht zulässig, wenn der Zustand des Betreffenden eine Spitalspflege erheischt.
Sitz und Leitung des Vereins befinden sich zu Wien. Wenn es den Vereinszwecken förderlich erachtet wird, errichtet der Verein Verbände seiner Mitglieder als austretige Zweigvereine. Außerdem strebt die Gesellschaft die Vereinigung bereits bestehender oder in der Bildung begriffener Vereine, welche einen dem eigenen gleichen oder einen ähnlichen Zweck verfolgen, mit sich selbst an, um auch der Gesellschaft vom Weißen Kreuze immer mehr den Mittelpunct aller gleichartigen Arbeit zu machen.

* Es scheint, daß der Ernst der Lage, welcher überall die friedliebenden Staaten zu militairischen Kraftanstrengungen nöthigt, nunmehr auch von den niederländischen Politikern erkannt zu werden anfängt. Nach einer vom Kriegsminister getroffenen Bestimmung werden allen jungen Leuten, welche sich den seit 1870 in den Niederlanden errichteten Freiwilligenvereinen zur Abhaltung von Waffenübungen anschließen, bei ihrem Eintritt in die Armee bedeutende Vortheile gewährt. Sobald sie dienstpflichtig werden und genügende Beweise ihrer Fertigkeit in der Waffenübung ablegen, können sie alsbald zu Gefreiten oder Unterofficieren befördert werden und noch andere Vortheile z. B. hinsichtlich des Kasernenlebens genießen. Bereits haben sich mehrere Hundert junge Leute, meistens Zöglinge der Gymnasien und Realschulen, zur Theilnahme an diesen Waffenübungen bereit erklärt. Jedenfalls nimmt es die Regierung mit der Landesvertheidigungsfrage jetzt ernster.

* Zur Lage in Rumänien wird der „Allgemeinen Zeitung" aus Bukarest, 7. December, geschrieben:
Unsere Opposition ist von einer wahren Verleumdungswuth beseelen, die sich jedoch, nach den bisherigen Erfolgen zu urtheilen, schließlich nur gegen deren Urheber kehren kann. In der Kammer hat Ministerpräsident Bratiano die in der Interpellation Flitwa's gegen die Militairverwaltung vorgebrachten Anklagen Punct für Punct widerlegt, und im Senat hat heute der frühere Kriegsminister Angheleico die Einsetzung einer parlamentarischen Enquete zur Untersuchung seiner Amtsführung verlangt. Der Opposition kam dieser Antrag offenbar sehr ungelegen, da sie die Weigerung des Ministerpräsidenten, Herrn Flitwa die aus letzter Zeit stammenden Militair-Lieferungsacten zur Begründung seiner Interpellation auszuliefern, als einen Beweis für das Schuldbewußtsein der Regierung auszunützen gedachte. Der Antrag Angheleico's droht diesen Plan, von dessen Existenz alle Spalten unserer Oppositionsorgane reden, zu durchkreuzen, und hat daher Senator Marzescu, der ob seiner sophistischen Redekünste berüchtigte Führer der Jassyer Intransigenten, sich der undankbaren Aufgabe einer Bekämpfung eben dieses Antrages unterzogen. Doch wurden seine Ausführungen, daß die Regierung eine Untersuchung militairischer Dinge auf Grund von Actenstücken nicht zulasse, und daß daher die Einsetzung einer Enquete für die Affaire Angheleico zwecklos sei, von Bratiano mit der Erklärung widerlegt, daß die Regierung durchaus nicht daran denke, die Ausfolgung von Actenstücken an eine parlamentarische Untersuchungs-Commission zu verweigern. Während die Affaire Angheleico auf diese Art von der öffentlichen Tagesordnung abgesetzt wird, hat aber Herr Flitwa schon für ein neues Vertrauensvotum vor Sorge getragen. Und zwar hat er in einer gestern der Kammer angemeldeten Interpellation gegen den Polizeipräfecten Morusi und gegen mehrere andere vorläufig noch nicht genannte hochgestellte Personen den Vorwurf erhoben, mit den wegen Falschmünzerei und anderer Betrügereien in Untersuchung stehenden Schwindler Andronik unter einer Decke zu stecken. Der Fall Andronik spielt schon gewisse Zeit; doch scheint es den Untersuchungsrichtern trotz aller Bemühungen nicht zu gelingen, Stützpuncte für eine positive Anklage zu gewinnen. Wie in den meisten Fällen, wo die Rathlosigkeit im Benehmen des Angeklagten und dessen Schlauheit die Geduld der Richter und des Publicums auf eine harte Probe stellen, hat sich auch um die Affaire Andronik ein wahrer Legendenkranz gebildet. Daß aber ein Mann, wie Flitwa, welcher sich für die Nachfolge Bratiano's eben gut genug hält, im Parlament eine Altweibergeschichte erzählt, welche den